

**Rede von Staatsministerin Prof. Monika Grütters MdB
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
beim Neujahrsempfang des CDU-Kreisverbands Coesfeld
am 23. Januar 2016 in Coesfeld**

Anrede,

Der unvermeidliche Neujahrskater nach einer durchfeierten Silvesternacht ist längst verflogen, die guten Vorsätze sind es vermutlich auch - der beste Zeitpunkt für einen Neujahrsempfang also: früh genug, um noch einmal auf ein gutes neues Jahr anzustoßen, das ich Ihnen allen von Herzen wünsche;

spät genug, um frei von Katerstimmung und guten Vorsätzen alkoholische Kaltgetränke zu sich zu nehmen. Vorher will ich Ihnen ein paar kulturpolitische Häppchen servieren - passend zum musikalischen Gruß des Smaragd-Quintetts und passend zu diesem wunderbaren Ambiente hier im historischen Festsaal des Stifts Tilbeck.

Vielen Dank für die Einladung, lieber Karl Schiewerling! Uns beide verbindet als Münsterländer Katholiken nicht nur der katholische Glaube, sondern auch das Bedürfnis, christliche Werten und Überzeugungen in der Bundespolitik Gehör zu verschaffen. Das tun wir beide, wie ich finde, mit Herz und Verstand, Sie vor allem in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, ich vor allem in der Kulturpolitik,

... was uns leider - bis auf die Fraktionssitzungen - selten gemeinsame Termine beschert. Umso mehr freue ich mich über die Einladung in Ihrem Wahlkreis zu einer Rede über die Schwerpunkte der Bundeskulturpolitik!

Von Heinrich Heine, genauer: aus seinem Gedichtzyklus „Deutschland - ein Wintermärchen“, stammen die folgenden Zeilen:

„Franzosen und Russen gehört das Land,
Das Meer gehört den Briten,
Wir aber besitzen im Luftreich des Traums
Die Herrschaft unbestritten.

Hier üben wir die Hegemonie,
Hier sind wir unzerstückelt;
Die andern Völker haben sich
Auf platter Erde entwickelt.“

Heinrich Heine spielt mit diesen im Jahre 1844 geschriebenen Zeilen auf den deutschen Idealismus an, in dem die Einheit der deutschen Nation im Geiste, also in der Philosophie und in der Kultur, beschworen wird. Eben weil Deutschland im Gegensatz zu anderen europäischen Nationen zu dieser Zeit noch in Kleinstaaten zersplittert war und erst die Revolution 1848 die Verwirklichung der Idee eines deutschen Nationalstaats aufschimmern ließ, spielte die Kultur in den vergangenen Jahrhunderten immer eine besondere Rolle. Sie war das geistige Band gerade in jenen Zeiten, in denen die staatliche Einheit noch nicht verwirklicht war.

Deutschland war zuerst eine Kulturnation und dann eine politische Nation. Es war die Kultur, die Identität und Zusammenhalt stiftete, und sie ist es bis heute: Gerade ein föderaler Staat wie die Bundesrepublik Deutschland braucht diese kulturelle Klammer auch in der Zukunft. Das Neue, die Avantgarde zu fördern ist dabei ebenso wichtig wie das Kulturerbe vergangener Zeiten zu erhalten - der Blick in die Zukunft ebenso wichtig wie der Blick in die Vergangenheit.

Die Grundlage staatlicher Daseinsfürsorge für Kultur und Wissenschaft ist Artikel 5, Absatz 3 unseres Grundgesetzes: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Frei sein - das können Künstler und Kreative nur, wenn der Staat ihre Freiheiten schützt, sie unabhängig macht von Zeitgeist und Geldgebern. Kunst und Kultur brauchen Freiraum, um sich entfalten zu können.

Das ist zunächst einmal eine finanzielle Herausforderung. Um die Freiheit der Kunst zu gewährleisten, um die künstlerische Avantgarde zu fördern und unser kulturelles Erbe zu sichern, finanziert der deutsche Staat seine Kultur mit ca. 9,4 Mrd. Euro jährlich. Nach dem Grundgesetz gilt, was wir „Kulturhoheit der Länder“ nennen, dass nämlich für die Kulturförderung die Länder verantwortlich sind. Diese finanzieren folglich auch einen Großteil der öffentlich geförderten Kultur mit 41,9 %, aber die Kommunen tun sogar noch mehr: Mit 44,8 % liegen sie trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise, die die Städte und Gemeinden ja ordentlich mitgenommen haben, noch vor den Ländern. Der Bund konzentriert sich mit einem Anteil von 13,3 % an der staatlichen Kulturförderung auf Aufgaben von überregionaler Bedeutung:

Er sorgt für geeignete Rahmenbedingungen für Künstler und Kreative, er fördert Kultureinrichtungen und Projekte von nationaler Bedeutung, er verantwortet die kulturelle Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt Berlin, er vertritt Deutschland in internationalen Gremien wie dem EU-Kulturministerrat, und er steht Ländern und Kommunen als Partner zur Seite, in dem er durch ergänzende Finanzierung viele Projekte möglich macht.

In Münster beispielsweise kamen Mittel aus unseren Denkmalschutz-Sonderprogrammen dem Orangeriegebäude zugute), außerdem dem Schloss und der Liebfrauen-Überwasser Kirche. Seit Gründung der Kulturstiftung des Bundes wurden in Münster insgesamt 60 Projekte mit einer Gesamtsumme von gut 2,8 Mio. Euro gefördert. Die Annette von Droste zu Hülshoff-Stiftung in Havixbeck, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, am authentischen Ort Leben und Werk der Dichterin museal aufzuarbeiten und ein Droste-Literaturzentrum zu schaffen, hat aus Mitteln meines Hauses 2012 einen Beitrag zum Stiftungskapital in Höhe von 2,8 Mio. Euro erhalten. Für den Ankauf eines Gemäldes von August Macke („Frau des Künstlers mit Hut“) für das LWL-Museum Münster im vergangenen Jahr hat mein Haus einen Förderbeitrag in Höhe von 300.000 Euro zur Verfügung gestellt. Im Rahmen unserer Initiative Musik wurden in den vergangenen Jahren insgesamt acht Künstlerinnen und Künstler in der Region Münster gefördert. Und im Rahmen der

Förderpreise, die ich alljährlich vergebe, waren 2015 gleich mehrere Münsteraner Kultureinrichtungen unter den Preisträgern:

- APPLAUS 2015: „Pension Schmidt“ überzeugte die Jury als Club mit hervorragendem Livemusikprogramm
- Kinoprogrammpreis 2015: Kino „Schlosstheater“ und Kino „Cinema & Kurbelkiste

Insgesamt sind es in diesem Jahr (2016) 1,4 Mrd., die mir als Kulturstatsministerin des Bundes für kulturpolitische Aufgaben von überregionaler Bedeutung zur Verfügung stehen. Deutschland, das Land der Dichter und Denker, ist nicht zuletzt dank dieser auskömmlichen Finanzierung nach wie vor das Land mit der höchsten Theaterdichte der Welt, und das gilt ebenso für die Museen, Orchester, Literaturhäuser, Archive, Bibliotheken, Festivals. Die Hälfte aller Opernhäuser weltweit steht auf deutschem Boden. Rund 116 Mio. Menschen kamen 2013 in deutsche Museen und Ausstellungshäuser, das sind beinahe 10mal so viele Gäste wie alle Fußball-Bundesligaspiele der Saison Besucher hatten. Knapp 35 Mio. Zuschauer aller Altersgruppen besuchen in Deutschland Jahr für Jahr fast 105.000 Theateraufführungen und 7.400 Konzerte. Jedes zweite Profiorchester der Welt spielt auf deutschem Boden, und wir wissen auch, dass allein Berlin mehr Museen als Regentage hat. Rund 90.000 Buchtitel erscheinen jährlich in Deutschland, auf 1.000 Einwohner kommt in etwa eine neu veröffentlichte Erstausgabe der deutschen Verlage. Und nie waren mehr Personen in der Kultur- und Kreativwirtschaft beschäftigt als heute: Die Kultur- und Kreativwirtschaft mit ihren fast 250.000 Unternehmen, mit ihren über eine Million Beschäftigten und ihrem Umsatz von gut 145 Mrd. Euro kann sich mit einer Bruttowertschöpfung von 65,3 Mrd. Euro durchaus mit der Automobilindustrie messen lassen.

In Nordrhein-Westfalen ist die Kultur- und Kreativwirtschaft mit rund 50.000 Unternehmen, rund 315.000 Erwerbstätigen (ca. 4% der Erwerbstätigen in NRW) und einem Umsatz von fast 36 Mrd. Euro der größte deutsche Kreativwirtschaftsmarkt. Fast ein Viertel (24,8 %) des bundesweiten Umsatzes der Branche wird hier erwirtschaftet. Besonders starke Teilbranchen sind der Werbemarkt, die Designwirtschaft sowie die Software- und Games-Industrie, gefolgt von der Film- und Rundfunkwirtschaft. 24 Unternehmen aus NRW wurden bisher als Kultur- und Kreativpiloten ausgezeichnet.

Kultur erweist sich dabei als ein wichtiger Standortfaktor: Kinos, Museen, Theater, Kulturfestivals machen Städte attraktiv gerade für junge, gut ausgebildete Menschen, die sich von einem vielfältigen Kulturangebot hohe Lebensqualität versprechen und die dafür wiederum die Entwicklung einer Stadt, einer Region vorantreiben - in Zeiten des demographischen Wandels ist das für viele Städte und Gemeinden durchaus von existentieller Bedeutung. Eine lebendige Kultur- und Kreativszene lockt aber auch Unternehmen an, die auf der Suche sind nach guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Stadtkämmern sprudelnde Steuereinnahmen bescheren. Hinzu kommt, dass eine vielfältige Kunst- und Kulturlandschaft immer auch eine Reise wert ist: Touristen lassen ihr Geld in Hotels, Restaurants und Geschäften und geben dadurch der lokalen Wirtschaft einen Schub.

Vor diesem Hintergrund ist klar: Kultur ist keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft! Umgekehrt kann man mit Kürzungen bei der Kultur keinen Haushalt sanieren, weil Einbußen an kultureller Vielfalt auch wirtschaftlichen Schaden anrichten. Deshalb kann ich jeder Stadt, jeder Kommune nur raten, was wir auf Bundesebene beherzigen: Spart nicht an der Kultur! Hier den Rotstift anzusetzen, kostet mittel- und langfristig viel mehr, als es kurzfristig an Einsparungen bringt!

So viel zur eher profanen Seite der Kulturpolitik - zur Kulturfinanzierung. Lassen Sie mich nun beispielhaft einige wesentliche Aspekte der deutschen Kulturpolitik herausstellen, meine Damen und Herren: den Umgang mit Fragen des Gedenkens, die Rolle der Hauptstadt Berlin, die Gestaltung geeigneter Rahmenbedingungen, unter denen Kunst und Kultur sich entfalten können, und die Förderung kultureller Bildung.

Der Erinnerungskultur kommt innerhalb der Kulturpolitik eine Sonderrolle zu, und zwar insofern, als die Politik sich hier nicht allein auf die Verantwortung nur für die Rahmenbedingungen zurückziehen darf, sondern den Gegenstand selbst prägt. Nationales Erinnern und Gedenken lassen sich nicht amtlich verordnen, sind aber auch nicht rein bürgerschaftlich zu bewältigen. Sie sind immer auch eine öffentliche Angelegenheit - und das heißt in staatlicher Gesamtverantwortung. Hier berühren wir Fragen des Selbstverständnisses unserer Nation. Wir formulieren den Anspruch, auch *moralisch* angemessen mit den Abgründen der eigenen Geschichte umzugehen und nicht zuletzt dadurch ein identitätsstiftendes Fundament für die Gegenwart und Zukunft zu legen. Die Geschichte Deutschlands und Europas im 20. Jahrhundert wurde durch Schrecken und Gräuel geprägt, die unter der nationalsozialistischen Terrorherrschaft in deutschem Namen geschehen sind. Dem systematischen Völkermord an den europäischen Juden als Menschheitsverbrechen bisher nicht gekannten Ausmaßes kommt in der deutschen Erinnerungskultur eine unvergleichlich hohe Bedeutung zu - jetzt und für alle Zeiten. Deshalb müssen wir die authentischen Orte der Erinnerung an die NS-Schreckensherrschaft erhalten.

Dabei dürfen wir auch jene nicht vergessen, die als einige wenige den Mut hatten, der menschenverachtenden Ideologie der Nationalsozialisten unter Einsatz ihres Lebens ihren Widerstand entgegen zu setzen - so wie beispielsweise der Münsteraner Bischof Clemens August von Galen. Als wir in Berlin 2014 einen Gedenkort zur Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Euthanasiemorde feierlich der Öffentlichkeit übergeben haben, habe ich meiner Rede an seinen Mut erinnert, mit dem er aus seinen christlichen Werten heraus gegen die Euthanasie-Morde anpredigte. Daran erinnert ja hier, am Tilbecker Friedhof, auch eine Skulptur - „Der gebrochene Engel“ von Georg Ahrens. Seine eindringlichen Warnungen vor der Unterscheidung zwischen lebens-wertem und lebensunwertem Leben sind für mich auch heute noch Mahnung und Warnung: eine Warnung davor, Ausnahmen zuzulassen, in der fundamentalen staatlichen Pflicht, das Recht jedes Menschen auf Leben zu schützen; eine Warnung auch davor, angesichts des Leids Schwerstkranker das Tötungsverbot zur Disposition zu stellen. So verständlich das Motiv, einen kranken Menschen von seinen Qualen erlösen zu wollen, im Einzelfall auch sein mag, so unerträglich sind die Folgen für die Humanität einer Gesellschaft. Wo es die Möglichkeit der aktiven

Sterbehilfe gibt, entsteht auch die Erwartung, sie in Anspruch zu nehmen, um anderen nicht durch die eigene Hilfsbedürftigkeit zur Last zu fallen. Das verändert familiäre Beziehungen, das hat Folgen für die Bereitschaft zur Solidarität mit den Schwachen und Kranken, das bleibt nicht ohne Wirkung auf das Wertegefüge, auf den Charakter einer Gesellschaft! Das ist meine persönliche Überzeugung als gläubige Katholikin.

Aber zurück zur Erinnerungskultur:

Zum Erbe des wiedervereinigten Deutschlands zählt auch die SED-Diktatur in der ehemaligen DDR. Heute, 25 Jahre nach der Wiedervereinigung, müssen wir vor allem der Bagatellisierung und der Verklärung der DDR entgegen wirken. Es ist alarmierend, wie erschreckend groß gerade bei jungen Deutschen die Unkenntnis über die Geschichte des SED-Staates ist! 2014 haben wir des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren gedacht und an den 25. Jahrestag des Mauerfalls erinnert, 2015 den 25. Jahrestag der Wiedervereinigung gefeiert und des 70. Jahrestages des Kriegsendes und der Befreiung von Auschwitz gedacht. Licht und Dunkel des letzten Jahrhunderts liegen in solchen Gedenkjahren dicht beieinander. Es ist eine der großen gesellschaftlichen Errungenschaften unseres Landes, dass wir beidem Raum in unserer Erinnerung geben, dass wir die Erinnerung an die Barbarei der nationalsozialistischen Diktatur und an die Schrecken der kommunistischen Diktatur ebenso wach halten wie das Gedenken an die Freiheitstradition unseres Landes. Die Gedenkstätten, die Ausstellungen, die Institutionen und Museen sind Ausdruck unseres gemeinsamen Willens, Vergangenes immer wieder zu vergegenwärtigen. Geschichte vergeht nicht. Der Umgang mit unserer Geschichte prägt die Zukunft unserer Gesellschaft.

Zu unserer großen, historisch begründeten Verantwortung gehört es auch, dass wir uns den Folgen unserer Geschichte stellen und das geschehene Unrecht nicht fort dauern lassen. Deshalb ist es schlicht unerträglich, dass sich immer noch Nazi-Raubkunst in deutschen Museen befindet! Deshalb freut es mich sehr, dass wir es innerhalb kürzester Zeit geschafft haben, gemeinsam mit den Ländern und Kommunen die Aktivitäten zur Suche nach NS-Raubkunst zu bündeln. Das „Deutsche Zentrum Kulturgutverluste“ ist 2015 an den Start gegangen. Auch internationale Kooperationen will ich für die Suche nach NS-Raubkunst intensivieren. Eine entsprechende Vereinbarung mit der israelischen Regierung haben wir im Juni bereits unterzeichnet — ein großer Vertrauensbeweis Israels!

Das Thema liegt mir am Herzen, weil es hier nicht nur um materiellen Ausgleich geht, sondern vor allem um die Anerkennung der Opferbiographien. Nach einer statistischen Untersuchung, die rund die Hälfte aller deutschen Museen umfasste, befinden sich in 60 Prozent dieser Museen Bestände, die auf das Vorhandensein von NS-Raubkunst untersucht werden müssten. Nur 10 Prozent der befragten Museen haben sich bisher mit Provenienzforschung beschäftigt.

Deshalb habe ich die Mittel in meinem Etat für die dezentrale Suche nach NS-Raubkunst deutlich erhöht- nämlich auf sechs Mio. Euro jährlich. Das ist eine Verdreifachung gegenüber dem Haushaltsansatz bei meinem Amtsantritt.

Vor allem sind hier aber die Einrichtungen in der Pflicht: Künftig werden die deutschen Museen nicht nur an ihrer Ankaufs- und Ausstellungspolitik gemessen, sondern auch daran, wie sie ihre Geschichte und die ihrer Sammlungen aufarbeiten.

Eine bedeutende Rolle nicht nur in der Erinnerungskultur, sondern im kulturellen Selbstverständnis der deutschen Nation spielt immer wieder Berlin. Gemäß den Grundsätzen des Kulturföderalismus ist Kulturpolitik in und für Berlin natürlich zunächst Landespolitik. Weil aber Berlin der Ort brandenburgischer, preußischer, deutscher, europäischer und Weltpolitik gewesen ist, sind in Berlins Kulturpolitik stets Motive, Potentiale, Spannungen, Verpflichtungen und Chancen inbegriffen, die das „normale“ Kulturinteresse eines Stadtstaates von knapp vier Mio. Einwohnern hinter sich lassen.

Berlin ist durch seine geschichtlichen Prägungen einer der Schlüsselorte der modernen Weltkultur. Zugleich ist es der Ort, von dem aus Barbarei und Tyrannei über Europa gekommen sind. Nicht zuletzt ist Berlin auch der Ort der Erinnerung an die jahrzehntelange Spaltung der Welt in Freiheit und Unfreiheit und ihre glückliche Überwindung vor 25 Jahren. Und noch etwas macht die besondere kulturpolitische Rolle Berlins aus: Berlin ist Hauptstadt. Was in der Hauptstadt kulturell gelingt, wird in den Augen der Welt dem ganzen Land gut geschrieben. Was dort misslingt, dafür wird, von außen jedenfalls, das ganze Land verantwortlich gemacht. Kulturpolitik in Berlin ist also, ob sie es will oder nicht, auch Bundespolitik, und von einer Kulturblüte in der Hauptstadt profitiert ganz Deutschland.

Hier in Berlin soll auch das neue Selbstverständnis eines weltoffenen Deutschlands Ausdruck finden - das Bekenntnis zu Europa, die Neugier auf die Welt, der Wille zu Verständnis und Verständigung im Umgang mit anderen Kulturen. Dafür steht das so genannte Humboldt-Forum im wieder aufgebauten Berliner Schloss, für das wir im Juni 2015 Richtfest gefeiert haben.

Deutschland hatte, bedingt durch den Fall der Mauer und den Abriss des Sitzes der DDR-Volkskammer -, die historische Chance, den zentralen Platz der Republik neu zu definieren. Wir nutzen sie in einer Weise, die einer Kultur-nation würdig ist. Wir bauen kein Parkhaus, kein Hotel, kein Einkaufszentrum, keinen „Central Park East“, sondern wir geben der Kunst und der Kultur Raum. Vor allem die außereuropäischen Kulturen sollen sich hier selbstbewusst darstellen, und zwar im direkten Dialog mit unserer eigenen Kultur- und Kunstgeschichte gegenüber auf der Museumsinsel.

Das Humboldt-Forum ist mit einer einzigartigen Idee verbunden. Es geht dabei nicht um ein besseres Völkerkundemuseum oder um die pragmatische Unterbringung unserer Kunstschatze. Es geht um neuartige Kultur- und Kunsterfahrung und um das Wissen über unterschiedliche, gleichberechtigte Weltkulturen, um neue Kompetenzen im Weltverständnis. Der Name „Humboldt-Forum“ steht für die Tradition der Aufklärung, für die selbstbewusste, weltoffene Annäherung der Völker. Es soll ein Ort des gleichberechtigten Dialogs unterschiedlicher Weltkulturen entstehen, ein Ort der Vermittlung zwischen unterschiedlichen Welten, an dem wissenschaftliche und kulturelle Kontroversen über

Themen, die die Menschheit bewegen, in ihren vielfältigen Wahrnehmungen Raum bekommen.

Hier erfahren wir, was uns als Menschen ausmacht und was uns - bei allen Unterschieden, die gerade in kosmopolitischen Städten offensichtlich sind - über Kulturgrenzen hinweg gemeinsam ist und eint. In Zeiten, in denen weltweit fast 60 Mio. Menschen auf der Flucht sind (Quelle: UNHCR) und Hunderttausende Zuflucht in Deutschland und Europa suchen, scheint dies wichtiger denn je.

Von Mark Twain, meine Damen und Herren, stammt der schöne Satz: „Kultur ist das, was übrig bleibt, wenn der letzte Dollar ausgegeben ist.“ Kultur schafft Werte jenseits der Maßstäbe ökonomischer Verwertbarkeit, und das wird gerade in Zeiten ökonomischer Krisen immer wichtiger. Wo, wenn nicht in der Kultur, wird nach Antworten auf letzte Fragen gerungen, auf Fragen nach den Sinn stiftenden Kräften und Werten, die unsere Gesellschaft zusammen halten?

Dies zu ermöglichen, ist Aufgabe einer Kulturpolitik, die sich der Freiheit der Kultur verpflichtet fühlt.

In Deutschland haben wir aus zwei deutschen Diktaturen eine Lehre gezogen, die da lautet: Kritik und Freiheit der Kunst sind konstitutiv für eine Demokratie. Kreative und Intellektuelle sind das Korrektiv einer Gesellschaft. Und wir brauchen sie, die mutigen Künstler, verwegenen Denker, unbequemen Schriftsteller! Sie sind der Stachel im Fleisch unserer Gesellschaft, der verhindert, dass intellektuelle Trägheit, argumentative Phantasielosigkeit und politische Bequemlichkeit die Demokratie einschläfern. Sie sind imstande, unsere Gesellschaft vor gefährlicher Lethargie und auch vor neuerlichen totalitären Anwendungen zu schützen! Die Freiheiten dieser Milieus zu schützen, ist oberster Grundsatz, ist die vornehmste Pflicht verantwortungsvoller Kulturpolitik. Kunst, Kultur, Literatur dürfen, ja sie sollen und müssen zuweilen Zumutung sein. Deshalb müssen wir Politiker alles daran setzen, ihre Freiheiten und ihre ästhetische Vielfalt zu sichern.

Lassen Sie mich zwei, drei Beispiele für kulturpolitische Maßnahmen nennen, die der Freiheit der Kunst und der Kultur dienen.

Dazu gehört die Künstlersozialversicherung, eingeführt vor 31 Jahren. Seitdem gilt: Wer künstlerische Leistungen in Anspruch nimmt, der muss auch dafür Sorge tragen, dass Künstler von ihrer Arbeit nicht nur knapp überleben können, sondern angemessen bezahlt und sozial abgesichert werden. Ich bin froh, wir es noch vor der Sommerpause hinbekommen haben, ein Gesetz zu verabschieden, das die KSK durch bessere Prüfpflichten der Rentenversicherer stabilisiert!

Notwendig sind auch die Verteidigung der Buchpreisbindung und eine großzügige Filmförderung: Solche Instrumente tragen der Tatsache Rechnung, dass Bücher und Filme auch Kulturgüter sind, nicht nur Wirtschaftsgüter. Sie sorgen dafür, dass Bücher und Filme sich nicht dem Geschmack der Masse unterwerfen müssen wie x-beliebige andere Konsumgüter.

Nicht minder wichtig sind die rechtlichen Rahmenbedingungen: Dazu gehören, unter anderem der Schutz des Kultur- und Medienbereichs vor weiteren Liberalisierungsverpflichtungen des geplanten Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA (TTIP) und ein Urheberrecht, das dem Urheber einen fairen und angemessenen Anteil am Ertrag aus seiner kreativen Leistung sichert - um noch zwei weitere Fronten zu nennen, an denen ich im Moment für unsere vielfältige Kunst- und Kulturszene kämpfe.

Die staatliche Fürsorge für die Kultur und ihre Freiheit, die mit dem Mut zum Experiment natürlich auch das Risiko des Scheiterns einschließt, hat immer wieder weltweit beachtete Leitungen hervorgebracht. Dieses hartnäckige Engagement für die Kultur und die Künste hat entscheidenden Anteil am mittlerweile wieder hohen Ansehen Deutschlands in der Welt. Kultur ist eben nicht das Ergebnis von wirtschaftlichem Wohlstand; sie ist vielmehr dessen Voraussetzung. Sie ist nicht allein Standortfaktor, sondern auch Ausdruck von Humanität.

Nebenbei bemerkt: Im Sinne unserer christlichen Werte bin ich Angela Merkel sehr dankbar, dass sie den Gedanken der Barmherzigkeit angesichts einer drohenden humanitären Katastrophe im September 2015 zum Leitbild ihrer Flüchtlingspolitik gemacht hat - bei allen Risiken und Unwägbarkeiten, mit denen eine Entscheidung dieser Tragweite verbunden ist, und auch, wenn die Mühen der Integration unser aller Kraft und Engagement erfordern werden. Noch schlimmer als daran zu scheitern wäre, es nicht einmal versucht zu haben!

Meine Damen und Herren, von Joseph Beuys stammt der schöne Satz:

„Arbeite nur, wenn Du das Gefühl hast, es löst eine Revolution aus.“ Diese auf den ersten Blick etwas ungesund anmutende Arbeitseinstellung kann man durchaus auch als pointierte Beschreibung der Überzeugungen verstehen, die Künstler und Kreative, aber auch Kulturförderer und Kulturpolitiker motiviert. Es muss ja nicht immer gleich die Weltrevolution sein. Die kleinen Revolutionen im Denken, im Wahrnehmen, im Empfinden, im Bewusstsein sind es, die jeder kleinen und großen gesellschaftlichen Veränderung vorausgehen, und in diesem Sinne tragen Kunst und Kultur immer den Keim des - im besten Sinne - Revolutionären in sich. Dass aus diesen Keimen etwas wachsen darf, dass es einen fruchtbaren Nährboden dafür gibt und ein wachstumsförderndes Klima - das macht eine vitale Demokratie aus. Genau deshalb bin ich seit 20 Jahren mit Herz und Seele Kulturpolitikerin, und genau deshalb appelliere auch hier in Coesfeld an alle, die sich politisch engagieren: Geben Sie der Kultur in Ihrer Stadt und Region so viel Raum wie nur möglich!